



Technische Universität Cottbus

Mitteilungen

27. APR. 1994

03/1994

Amtsblatt der Technischen Universität Cottbus

11.04.1994

INHALT

	Seite
I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften	2
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Verordnung über die Vorläufige Grundordnung der Technischen Universität Cottbus vom 8. Februar 1994	2
Gründungssenat	
Wahlordnung der Technischen Universität Cottbus vom	10
II. Bekanntmachungen	20
Gründungssenat	
Sitzungstermine des Gründungssenats der Technischen Universität Cottbus	20
Zeittafel für das Sommersemester 1994	21

Verordnung für die Vorläufige Grundordnung der Technischen Universität Cottbus

Vom 8. Februar 1994

Auf Grund des § 2 Abs. 3 Nr. 5 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 24. Juni 1991 GVBl. S. 156) verordnet der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur:

§ 1

Auf Vorschlag der Gründungskommission der Technischen Universität Cottbus wird als Anlage zu dieser Verordnung die Vorläufige Grundordnung für die Bildung der Hochschulorgane erlassen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Sie tritt mit Inkrafttreten einer vom Konzil der Technischen Universität Cottbus nach § 83

Abs. 1 Nr. 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes beschlossenen Grundordnung, spätestens jedoch am 1. Juli 1995 außer Kraft.

Potsdam, den 8. Februar 1994

Der Minister für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Hinrich Enderlein

Vorläufige Grundordnung der Technischen Universität Cottbus

Inhaltsübersicht:

- § 1 Rechtsstellung und Aufgaben
- § 2 Zentrale Organe
- § 3 Kuratorium
- § 4 Allgemeine Regeln für die Hochschulselbstverwaltung
- § 5 Verfahrensregeln für die Gremien
- § 6 Fakultäten
- § 7 Änderung der Vorläufigen Grundordnung

§ 1 - Rechtsstellung und Aufgaben

(1) Die Technische Universität Cottbus ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich Einrichtung des Landes Brandenburg. Sie verwaltet die ihr obliegenden Aufgaben im Rahmen der Gesetze auf der Grundlage von Artikel 31 der Verfassung des Landes Brandenburg selbst, soweit sie nicht staatliche Angelegenheiten wahrnimmt. Gesetzliche Regelungen gelten für die Universität im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsangelegenheiten nur insoweit unmittelbar, als diese Grundordnung keine besondere Regelung trifft oder zuläßt.

(2) Die Technische Universität Cottbus ist der Pflege und Entwicklung der Wissenschaft durch Forschung, Lehre und Studium verpflichtet. Die Forschung dient der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, der wissenschaftlichen Grundlegung und Weiterentwicklung von Lehre und

Studium sowie der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Lehre soll unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt den Studierenden die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, daß sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnis und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden.

(3) Die Technische Universität Cottbus stellt sicher, daß ihre Mitarbeiter ihre Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium in Freiheit erfüllen und die durch Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes verbürgten Rechte wahrnehmen können.

(4) Männer und Frauen sollen die ihrer Qualifikation entsprechenden gleichen Entwicklungschancen haben. Die Universität Cottbus wirkt darauf hin, daß bestehende Nachteile beseitigt werden.

(5) Die Absätze 2 und 3 gelten für die Kunst entsprechend.

(6) Die Technische Universität Cottbus fördert die internationale und insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich sowie den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen; sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender.

§ 2 - Zentrale Organe

(1) Der Rektor vertritt die Universität nach außen. Er wird nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Rektorats durch die Prorektoren vertreten; in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten wird er durch den Kanzler vertreten. Der Rektor kann die Ausübung seines Hausrechtes für bestimmte Bereiche den Dekanen, den Leitern der zentralen Einrichtungen sowie den Vorsitzenden von Selbstverwaltungsgremien übertragen.

(2) Der Senat schlägt dem Konzil zu Beginn des letzten Amtsjahres des Rektors in der Regel mindestens zwei Bewerber zur Wahl vor. Die Amtszeit des Rektors beträgt vier Jahre. Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist rechtzeitig vor der Wahl über den Vorschlag zu unterrichten. Das Konzil wählt nach Aussprache einen Vorgeslagenen zum Rektor, der vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt wird. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Mitglieder des Konzils auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, findet zwischen den beiden Bewerbern, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben, ein dritter Wahlgang statt, in dem gewählt wird, wer die meisten Stimmen erhält. Bis zu seinem Amtsantritt hat der Gewählte die Stellung eines rector designatus. Er nimmt an den Sitzungen des Rektorats, des Senats und des Kuratoriums mit Rederecht teil. Die Wiederwahl des Rektors ist zweimal zulässig. Der Gewählte ist unverzüglich zu befragen, ob er die Wahl annimmt. Die Annahme kann nicht unter Bedingungen oder Vorbehalten erklärt werden.

(3) Das Amt des Rektors ist unvereinbar mit den Ämtern des Dekans, des Prodekan, des Leiters einer zentralen Einrichtung und mit der Mitgliedschaft als Professorenvertreter in Gremien der akademischen Selbstverwaltung; mit der Amtsübernahme scheidet der Rektor aus diesen Ämtern aus. In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluß des Senats nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet der Rektor im unabdingbaren Umfang; dies gilt nicht für die Wahlen und die Ernennung von Beauftragten. Das Nähere kann der Senat regeln.

(4) Das Rektorat besteht aus dem Rektor als Vorsitzenden, drei Prorektoren und dem Kanzler. Es ist jeweils ein Prorektor für den Bereich von Lehre, Studium und Studienreform, für Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs sowie für Planung und Finanzen zu bestellen. Die Prorektoren und der Kanzler nehmen die ihnen als Mitglieder des Rektorats zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahr. Soweit die Angelegenheiten den jeweiligen Aufgabenbereich eines Prorektors überschreitet oder es sich um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung handelt, ist eine Entscheidung des Rektorats herbeizuführen.

(5) Das Rektorat leitet die Universität und ist der Universität für seine Amtsführung verantwortlich. Es kommt dieser Verantwortung insbesondere durch seinen jährlichen Rechenschaftsbericht gegenüber dem Konzil, seine Auskunftspflicht hinsichtlich der Ausführung der Senatsbeschlüsse nach.

(6) Die Prorektoren werden vom Konzil auf Vorschlag des Senats, für die Dauer von vier Jahren gewählt und vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt. Ihre Amtszeit endet jedoch spätestens mit der Amtszeit des Rektors.

Absatz 2 Sätze 3 bis 6 sowie 9 bis 11 gelten entsprechend.

(7) Mitglieder des Senats sind

1. der Rektor als Vorsitzender,

2. 10 gewählte Mitglieder: fünf Vertreter der Gruppe der Professoren, zwei Vertreter der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg, zwei Studierende, ein sonstiger Mitarbeiter.

Mit beratender Stimme gehören der Kanzler, die Prorektoren, die Dekane, ein Sprecher des Studentenrates und die Gleichstellungsbeauftragte dem Senat an. Vor der Beschlußfassung des Senats über Angelegenheiten, die eine zentrale Einrichtung unmittelbar berühren, ist deren Leiter Gelegenheit zur Teilnahme an den Beratungen zu geben.

(8) Der Senat erläßt im Rahmen seiner Zuständigkeit Rahmenordnungen, Satzungen und sonstige Ordnungen. Ist zweifelhaft, ob für eine Aufgabe der Senat, eine Ständige Kommission, ein Ständiger Ausschuß oder der Fakultätsrat zuständig ist, so entscheidet das Rektorat über die Zuständigkeit.

(9) Mitglieder des Konzils sind 16 Angehörige der Gruppe der Professoren, sechs Vertreter der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg, sechs Studierende und drei sonstige Mitarbeiter. Das Konzil wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden des Konzils und stellvertretenden Vorsitzenden aus den verschiedenen Gruppen. Das Nähere regelt die Konzilsverfahrensordnung.

§ 3 - Kuratorium

(1) Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Technische Universität Cottbus durch geeignete Maßnahmen in ihrer weiteren Entwicklung zu unterstützen und ihre regionale Einbindung zu fördern.

(2) Im Rahmen des Absatzes 1 hat das Kuratorium insbesondere folgende Aufgaben:

1. Stellungnahme zu den Berichten des Rektorats über die Struktur- und Entwicklungsplanung und anderer Angelegenheiten, die die weitere Entwicklung der Universität und ihrer Einbindung in die Region betreffen,

2. Abgabe von Empfehlungen und Stellungnahmen aus der Sicht der Öffentlichkeit zu Angelegenheiten, die für die Universität von grundsätzlicher Bedeutung sind.

(3) Zu den Empfehlungen des Kuratoriums nimmt das Rektorat in angemessener Frist Stellung.

(4) Mitglieder des Kuratoriums sind

1. die Mitglieder des Rektorats mit beratender Stimme,
2. ein von der Stadtverordnetenversammlung Cottbus zu benennender Vertreter,
3. mindestens sechs, höchstens zehn unabhängige Persönlichkeiten, die geeignet sind, die Universität zu fördern, und die nicht Mitglieder oder Angehörige der Technischen Universität Cottbus sein dürfen; sie werden vom Rektor vorgeschlagen und vom Senat gewählt,
4. drei aus der Mitte des Senats gewählte Mitglieder mit beratender Stimme.

(5) Die zu wählenden Mitglieder werden für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt.

(6) Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist zu den Sitzungen einzuladen.

(7) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

§ 4 - Allgemeine Regeln für die
Hochschulselbstverwaltung

(1) Die Zusammensetzung von Universitätsgremien sowie Art und Umfang der Mitwirkung der Mitglieder und der Angehörigen der Universität bestimmen sich nach den Aufgaben der Gremien sowie nach der fachlichen Gliederung der Universität und der Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit der Mitglieder und Angehörigen der Universität. Mitglieder, die Aufgaben der Personalvertretung wahrnehmen, können nicht

einem Gremium angehören, das für Personalangelegenheiten zuständig ist. Das Nähere regeln besondere Hochschulordnungen, soweit gesetzlich oder in dieser Grundordnung keine Regelung getroffen ist. Die Angehörigen der Hochschule haben das Recht, die Einrichtungen der Universität zu nutzen. Dieses Recht kann durch Verwaltungs- und Benutzungsordnungen eingeschränkt werden.

(2) Ehrenbürger und Ehrensensatoren können nach Maßgabe einer besonderen Hochschulordnung vom Senat ernannt werden.

(3) Mitglieder der Gruppen gemäß § 78 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg können sich jeweils zusammenschließen und je einen Sprecher wählen. Ansprüche auf Zuweisung von Personal- und Sachmitteln sind dadurch nicht gegeben.

(4) Der Vorsitzende eines Gremiums muß der Gruppe der Professoren angehören, soweit gesetzlich oder durch besondere Hochschulordnungen nichts anderes bestimmt ist. Der Vorsitzende vertritt das Gremium und führt dessen Geschäfte in eigener Zuständigkeit. Er bereitet die Sitzungen vor und führt dessen Geschäfte in eigener Zuständigkeit. Es bereitet die Sitzungen vor und führt die Beschlüsse aus. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. das Gremium einzuberufen und die Tagesordnung aufzustellen,
2. die Sitzungen zu leiten und
3. auf die zügige Erfüllung der Aufgaben des Gremiums hinzuwirken.

(5) Die Vertreter der Mitgliedergruppen im Konzil, im Senat und im Fakultätsrat werden in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen Mitgliedergruppen getrennt und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt; von der Verhältniswahl kann insbesondere abgesehen werden, wenn wegen einer überschaubaren Zahl von Wahlberechtigten die Mehrheitswahl angemessen ist. Gleichzeitig wird für jede Gruppe eine angemessene Anzahl stellvertretender Mitglieder gewählt und die Reihenfolge festgelegt, in der sie zur Stellvertretung herangezogen werden. Die weiteren Einzelheiten des Wahlverfahrens, insbesondere für die Wahlen zum Senat, zum Konzil und zu den Fakultätsräten sowie der Stellvertretung in diesen Gremien regelt die Wahlordnung.

§ 5 - Verfahrensregeln für die Gremien

(1) Der Vorsitzende beruft das Gremium zu seinen Sitzungen ein, wenn es die Geschäfte erfordern. Das Gremium ist unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte verlangt.

(2) Gremium berät und beschließt in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung. Soweit das Gremium über keine Geschäftsordnung verfügt, gilt die Geschäftsordnung des Senats entsprechend. Die Geschäftsordnung kann für bestimmte Fälle auch eine Beschlußfassung im Umlaufverfahren vorsehen.

(3) Das Gremium ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Beschlußfähigkeit ist zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden formell festzustellen; sie gilt solange als gegeben, bis auf Antrag eines Mitglieds die Beschlußfähigkeit formell festgestellt wird. Die Geschäftsordnung kann vorsehen, daß ein Gremium bei der Behandlung eines Gegenstandes ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig ist, wenn die Behandlung dieses Gegenstandes wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt und das Gremium zur Verhandlung über denselben Gegenstand noch einmal einberufen wurde. Bei der Einberufung der Sitzung muß in diesem Falle auf die Folge, die sich für die Beschlußfassung ergibt, ausdrücklich hingewiesen werden.

(4) Antragsrecht haben die stimmberechtigten Mitglieder und die Gleichstellungsbeauftragte des Gremiums sowie im Senat die Dekane. Rederecht haben auch Personen, denen Gelegenheit zur Teilnahme an den Sitzungen zu geben ist oder die als Sachkundige aus der Universität oder als Sachverständige aufgrund eines förmlichen Beschlusses hinzugezogen worden sind.

(5) Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Handzeichen. Auf Verlangen eines anwesenden stimmberechtigten Mitglieds hat die Abstimmung geheim zu erfolgen; dies gilt nicht für Geschäftsordnungsanträge. Entscheidungen über Personalangelegenheiten erfolgen stets in geheimer Abstimmung.

(6) Soweit gesetzlich durch diese Grundordnung oder durch eine Geschäftsordnung nichts anderes vorgeschrieben ist, ist ein Antrag angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Gremiums zustimmt. Entscheidungen, die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben, Lehre oder die Berufung von Professoren unmittelbar betreffen, bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nur für die Berechnung der Mehrheit nicht mitgezählt.

(7) Wahlen in den Gremien erfolgen abweichend von Absatz 5 stets durch Abgabe von Stimmzetteln. § 4 Abs. 3 gilt entsprechend.

(8) Als wichtiger Grund für den Rücktritt ist anzuerkennen, daß unaufschiebbare Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium wahrzunehmen sind.

§ 6 - Fakultäten

(1) Die Technische Universität Cottbus gliedert sich in folgende Fakultäten:

1. Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik,
2. Architektur und Bauingenieurwesen,
3. Maschinenbau, Elektrotechnik und Wirtschaftsingenieurwesen
4. Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik

(2) Dekan und Prodekan werden aus der Mitte der dem Fakultätsrat zum Zeitpunkt der Wahl angehörenden Professoren mit der Mehrheit der Stimmen des Fakultätsrats gewählt. Das Nähere regelt die Fakultätsordnung.

(3) Mitglieder des Fakultätsrats sind:

1. der Dekan als Vorsitzender
2. der Prodekan
3. vier weitere Vertreter der Gruppe der Professoren
4. zwei Vertreter der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg,
5. zwei Studenten
6. ein sonstiger Mitarbeiter.

(4) An der Beschlußfassung über Berufungsvorschläge, Habilitationen und Habilitations- und Promotionsordnungen können alle Mitglieder der Gruppe der Professoren, die Mitglied der Fakultät sind, stimmberechtigt mitwirken. Bei der Berechnung von Mehrheiten gelten sie als Mitglied des Fakultätsrates, soweit sie an der Beschlußfassung mitgewirkt haben.

§ 7 - Änderung der Vorläufigen Grundordnung

Der Beschluß über die Änderung der Vorläufigen Grundordnung ist nur in einer ordentlichen Konzilssitzung auf Vorschlag des Senats möglich. Der Änderungsvorschlag muß im vollen Wortlaut spätestens mit der Einladung versandt worden sein. Der Senatsvorschlag bedarf zu seiner Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Konzils. Die Änderung der Vorläufigen Grundordnung ist dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zum Erlaß vorzuschlagen.

Ordnung der Gruppen-Wahlen zum Konzil, zum Senat und zu den Fakultätsräten

- § 1 - Geltungsbereich
- § 2 - Wahlsystem
- § 3 - Wahlorgane
- § 4 - Wahlbenachrichtigung
- § 5 - Wahlausschreiben
- § 6 - Wählerverzeichnis
- § 7 - Wahlberechtigung
- § 8 - Wählergruppen
- § 9 - Wahlverfahren
- § 10 - Wahlvorschläge
- § 11 - Zulassung der Wahlvorschläge
- § 12 - Stimmzettel
- § 13 - Wahlhandlung
- § 14 - Stimmabgabe durch Brief
- § 15 - Ungültige Stimmzettel
- § 16 - Auszählung
- § 17 - Feststellung des Wahlergebnisses
- § 18 - Bekanntmachung des Wahlergebnisses,
- § 19 -
- § 20 - Aufbewahren der Wahlunterlagen
- § 21 - Anfechtung der Wahlen
- § 22 - Wahlprüfungsverfahren
- § 23 - Nachwahlen
- § 24 - Amtszeiten
- § 25 - Ruhen und Erlöschen der Mitgliedschaften, Nachrücker

Vorbemerkung

Personenbezeichnungen einschließlich der Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen sowie akademische Grade, die sich geschlechtsspezifisch oder geschlechtsneutral verstehen lassen, sind in dieser Ordnung geschlechtsneutral zu verstehen, soweit sich nicht anderes ergibt.

Der Gründungssenat der Technischen Universität Cottbus hat auf Grund von § 79 Abs. 2 in Verbindung mit § 84 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz BHG) vom 24. Juni 1991 (GVBl. S. 156) folgende Ordnung der Gruppen Wahlen zum Konzil, zum Senat und zu den Fakultätsräten erlassen, die hiermit verkündet wird:

§ 1 - Geltungsbereich

(1) Diese Ordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder und Nachrücker im Konzil, im Senat und in den Fakultätsräten.

(2) Nachrücker sind zugleich stellvertretende Mitglieder. Die Bestimmungen dieser Ordnung über die Nachrücker gelten entsprechend für die Stellvertretung eines zeitweilig verhinderten Mitglieds.

(3) Die Zahl der Mitglieder ergibt sich:

1. für das Konzil aus § 83 Abs. 2 BHG mit 16 Angehörigen der Gruppe der Professoren, sechs Vertretern der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr. 3 BHG, sechs Studierenden und drei sonstigen Mitarbeitern

2. für den Senat nach § 84 Abs. 3 BHG mit dem Rektor als Vorsitzenden, fünf weiteren Vertretern der Gruppe der Professoren, zwei Vertretern der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr. 3 BHG, zwei Studierenden und einem sonstigen Mitarbeiter

3. für die Fakultätsräte nach § 90 Abs. 2 BHG mit dem Dekan als Vorsitzenden, dem Prodekan, vier weiteren Vertretern der Gruppe der Professoren, zwei Vertretern der Gruppe nach § 78 Abs. 1 Nr. 3 BHG, zwei Studierenden und einem sonstigen Mitarbeiter.

(4) Die jeweilige Zahl der Nachrücker entspricht der Zahl der Mitglieder. Ist nur ein Mitglied zu wählen, ist die Zahl der Nachrücker zwei.

§ 2 - Wahlsystem

(1) Die Wahlen werden nach Maßgabe dieser Ordnung als Teilwahl frei, gleich und geheim und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl durchgeführt. Teilwahl ist die Wahl einer der in § 78 Abs. 1 Nr. 1-4 BHG bezeichneten Gruppe von Mitgliedern eines der in § 1 Abs. 1 genannten Kollegialorgane.

(2) Die Wahlen zum Konzil und zum Senat finden auf Universitätsebene statt.

(3) Die Wahlen zu den Fakultätsräten finden auf Fakultätsebene statt.

(4) Eine Teilwahl entfällt, wenn bei Abschluß der Wählerverzeichnisse die Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der in dieser Teilwahl zu wählenden Mitglieder nicht übersteigt. In diesem Falle gelten die Wahlberechtigten als gewählt. Erhöht sich die Zahl der in dieser Teilwahl Wahlberechtigten nach Abschluß der Wählerverzeichnisse, so werden die hinzugekommenen Wahlberechtigten in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Zugehörigkeit zu der Wählergruppe Mitglieder oder Ersatzmitglieder.

§ 3 - Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind der Wahlausschuß, die Wahlbeauftragten und der Wahlleiter.

(2) Dem Wahlausschuß obliegt nach Maßgabe dieser Ordnung die Überwachung der Wahlen und die Unterstützung der Wahlbeauftragten und des Wahlleiters.

Dem Wahlausschuß gehören an:

1. ein Professor als Vorsitzender,
2. ein akademischer Mitarbeiter,
3. ein Student,
4. ein sonstiger Mitarbeiter

Die Ausschußmitglieder nach Satz 1 Nr. 1 - 4 werden vom Senat auf Vorschlag der Gruppenvertreter gewählt.

(3) Den Wahlbeauftragten obliegt die Durchführung jeweils einer oder mehrerer Teilwahlen. Sie werden von Wahlhelfern unterstützt. Wahlbeauftragte und Wahlhelfer werden vom Rektor der Universität auf Vorschlag der Vorsitzenden der Fakultätsräte bestellt. Zu Wahlhelfern sollen Angehörige aller Wählergruppen bestellt werden.

(4) Dem Wahlleiter obliegt die Organisation der Wahlen im Auftrag des Rektors der Universität. Er führt die Beschlüsse des Wahlausschusses aus und nimmt an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil. Der Wahlleiter wird vom Rektor der Universität bestellt. Er soll ein Angehöriger der Zentralen Verwaltung sein.

§ 4 - Wahlbenachrichtigung

(1) Der Wahlleiter stellt spätestens am Tag vor der Auslegung der Wählerverzeichnisse die Benachrichtigung über die Eintragung in ein Wählerverzeichnis durch die Bundespost, durch die Dienstpost oder durch besondere Beauftragte zu. Die Wahlbenachrichtigung enthält einen vorbereiteten Antrag auf Übersendung von Unterlagen für die Stimmabgabe durch Brief sowie einen Hinweis auf die Frist für die Antragstellung.

(2) Die Wahlbenachrichtigungen werden persönlich übergeben oder an die Anschrift gesandt, die aus den in der Universität vorhandenen Personalunterlagen ersichtlich ist. Nachforschungen zur Ermittlung der richtigen Anschrift werden nicht angestellt.

§ 5 - Wahlausschreiben

(1) Der Wahlleiter bestimmt die Wahltermine für alle Teilwahlen auf einen oder mehrere Tage. Wahltermine dürfen nicht in die vorlesungsfreie Zeit gelegt werden.

(2) Spätestens sechs Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe schreibt der Wahlleiter die Wahlen aus. Das Wahlausschreiben muß enthalten:

1. Ort und Tag des Erlasses,
 2. Ort, Zeit und Dauer der Stimmabgabe,
 3. den Hinweis auf die Möglichkeit der Stimmabgabe durch Brief,
 4. Anzahl und Amtszeit der zu wählenden Mitglieder und Nachrücker, getrennt nach Gruppen und Teilwahlen,
 5. Angaben über Wahlrecht und Wahlsystem,
 6. Angaben darüber, wo und wann diese Wahlordnung und die Wählerverzeichnisse zur Einsicht ausliegen und an welchen Stellen Bekanntmachungen über das Wahlverfahren erfolgen (Liste der Wahlbretter),
 7. die Aufforderung, Wahlvorschläge form- und fristgerecht einzureichen, verbunden mit dem Hinweis auf Ort und Zeit ihrer Bekanntmachung,
 8. den Stichtag für die Eintragung in die Wählerverzeichnisse,
 9. den Hinweis auf die Bedeutung der Wahlbenachrichtigung und darauf, daß nur wählen kann, wer in die Wählerverzeichnisse eingetragen ist,
 10. Hinweis auf Einspruchsmöglichkeiten und -fristen gegen die Wählerverzeichnisse,
 11. Ort und Zeit der Sitzung des Wahlausschusses, in welcher das Endergebnis der Wahlen festgestellt wird,
 12. die Namen und Dienstanschriften der Mitglieder des Wahlausschusses, der Wahlbeauftragten und des Wahlleiters.
- (3) Der Wahlleiter macht das Wahlausschreiben vom Tage des Erlasses an durch Aushang an den Wahlbrettern bekannt.

§ 6 - Wählerverzeichnis

(1) Der Wahlleiter stellt für jede Teilwahl ein Verzeichnis der Wahlberechtigten (Wählerverzeichnis) auf. Der Stichtag für die Eintragung in die Wählerverzeichnisse wird vom Wahlleiter festgesetzt. Er darf nicht vor dem Tag des Erlasses des Wahlausschreibens liegen.

(2) Die Wählerverzeichnisse sind mindestens fünf Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe an den im Wahlausschreiben zu bezeichnenden Stellen auszulegen.

(3) Einsprüche gegen die Wählerverzeichnisse können innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beginn der Auslegung beim Wahlleiter eingelegt werden. Der Einspruch bedarf der Schriftform. Er ist zu begründen.

(4) Über den Einspruch entscheidet der Wahlleiter nach Anhörung des Wahlausschusses. Er teilt seine Entscheidung dem Einsprucherhebenden und ggf. dem Betroffenen mit. Die Entscheidung ist zu begründen. Wird dem Einspruch stattgegeben, so ist das Wählerverzeichnis zu berichtigen.

(5) Die Wählerverzeichnisse werden nach Entscheidung über alle Einsprüche spätestens eine Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist in berichtigter Form abgeschlossen. Der Wahlleiter gibt den Abschluß der Wählerverzeichnisse innerhalb der Frist nach Satz 1 durch Aushang an den Wahlbrettern bekannt.

(6) Die Wählerverzeichnisse können bis zum Tag vor der ersten Stimmabgabe vom Wahlleiter berichtigt und ergänzt werden, wenn sie offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthalten. Änderungen sind als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Unterschrift des Wahlleiters zu versehen.

§ 7 - Wahlberechtigung

(1) Wählen und gewählt kann in einer Teilwahl nur, wer in das Wählerverzeichnis dieser Teilwahl eingetragen ist.

(2) Wahlberechtigt sind die Mitglieder der Universität gemäß § 76 Abs. 1 und 2 BHG.

§ 8 - Wählergruppen

(1) Wählergruppen sind die Mitgliedergruppen nach § 78 Abs. 1 BHG.

(2) Mitglieder der Universität können nur einer einzigen Wählergruppe angehören. Der Zugehörigkeit zur Mitgliedergruppe der Studenten geht die Zugehörigkeit zu einer anderen Mitgliedergruppe vor.

(3) Für die Wahlen zum Fakultätsrat können Mitglieder der Universität wahlrechtlich nur einer einzigen Fakultät angehören.

Der Rektor der Universität entscheidet über die Zuordnung in fakultätsübergreifenden Studienrichtungen. Auf schriftlichen, mit Gründen versehenen Antrag eines Studenten kann der Rektor der Universität über die wahlrechtliche Zuordnung abweichen von den vorgenannten Regelungen.

(4) Die wahlrechtliche Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer Wählergruppe und zu einer Fakultät soll zu Beginn der Mitgliedschaft vom Wahlleiter festgestellt werden. Über Zweifelsfälle entscheidet der Rektor der Universität nach Anhörung der Betroffenen.

§ 9 - Wahlverfahren

(1) Die Wahlen erfolgen, soweit in dieser Ordnung nichts anderes bestimmt ist, auf Grund von Wahlvorschlägen.

(2) Liegt für eine Teilwahl nur ein Wahlvorschlag vor, so kann der Wähler bei der Stimmabgabe den Vorschlag um die Namen anderer wählbarer Mitglieder seiner Wählergruppe unter unzweifelhafter Bezeichnung der Person ergänzen.

(3) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wählergruppe bis zu hundert wählbare Personen an, so bildet die Liste dieser Personen in alphabetischer Reihenfolge den Wahlvorschlag.

(4) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wählergruppe mehr als hundert wählbare Personen an, so wird die Teilwahl nach den Vorschriften dieser Ordnung wiederholt. Wird in der Wiederholungswahl kein Wahlvorschlag eingereicht, bleiben die der Wählergruppe zustehenden Sitze unbesetzt.

(5) Die in § 1 bezeichneten Kollegialorgane sind auch dann rechtmäßig zusammengesetzt, wenn Angehörige einer Wählergruppe nicht oder in nicht ausreichender Zahl die ihnen in den Kollegialorganen zustehenden Sitze einnehmen.

§ 10 - Wahlvorschläge

(1) Ein Wahlvorschlag muß mindestens so viele Namen enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind oder die Namen von mindestens einem Zehntel der wahlberechtigten Mitglieder.

(2) Ist nur ein Mitglied zu wählen, so muß der Wahlvorschlag mindestens zwei Namen enthalten.

(3) Ein Wahlvorschlag bedarf der schriftlichen Zustimmung jedes Vorgeschlagenen zu seiner Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag. § 9 Abs. 2 bleibt unberührt.

(4) Wahlvorschläge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs für jede Teilwahl alphabetisch gekennzeichnet. Einem Wahlvorschlag kann eine besondere Kennzeichnung beigelegt werden. Beleidigende oder irreführende Kennzeichnungen sind unzulässig.

(5) Wahlvorschläge sind spätestens eine Woche nach Vorliegen der berichtigten Wählerverzeichnisse beim Wahlleiter einzureichen.

(6) Die Bewerbung für eine Teilwahl ist nur in einem Wahlvorschlag möglich. Wird ein Bewerber mit seinem Einverständnis in mehreren Wahlvorschlägen genannt, so gilt die Bewerbung für den zuletzt eingegangenen Wahlvorschlag. Aus den übrigen Wahlvorschlägen wird der Bewerber gestrichen.

§ 11 - Zulassung der Wahlvorschläge

(1) Der Wahlausschuß entscheidet über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Wahlvorschläge sind unzulässig, soweit sie den Erfordernissen des § 10 nicht entsprechen.

(2) Die zugelassenen Wahlvorschläge werden mit den ggf. beigefügten Kennworten für jede Teilwahl vom Wahlleiter spätestens zwei Wochen vor dem ersten Tag der Stimmabgabe an den Wahlbrettern bekannt gemacht.

(3) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen oder ein Bewerber gestrichen, so sind diese Entscheidungen allen Bewerbern des betroffenen Wahlvorschlags unverzüglich vom Wahlleiter mitzuteilen.

§ 12 - Stimmzettel

(1) Alle Stimmzettel und Wahlumschläge für eine Teilwahl haben die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung (amtliche Stimmzettel und Wahlumschläge). Das Wahlrecht kann nur unter Verwendung der amtlichen Stimmzettel und Wahlumschläge ausgeübt werden.

(2) Erfolgt eine Teilwahl auf Grund von Wahlvorschlägen, so enthält der Stimmzettel für jede Teilwahl alle zugelassenen Wahlvorschläge ggf. mit Kennworten in der alphabetisch gekennzeichneten Reihenfolge ihres Eingangs. Innerhalb eines Wahlvorschlags erscheinen die Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags.

(3) Wird für eine Teilwahl kein Wahlvorschlag eingereicht und gehören der Wählergruppe bis zu hundert wählbare Personen an, so enthält der Stimmzettel die Namen der Wahlberechtigten in dieser Teilwahl nach Maßgabe von § 9 Abs. 3.

§ 13 - Wahlhandlung

(1) Das Wahlrecht wird in jeder Teilwahl durch Abgabe eines Stimmzettels in dem dazugehörenden Wahlumschlag ausgeübt.

(2) Gewählt werden kann nur, wer in einem Wahlvorschlag genannt ist. § 9 Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) Der Wähler hat in einer Teilwahl höchstens so viele Stimmen, wie Mitglieder in dieser Teilwahl zu wählen sind. Die Stimmen können nur in einem Wahlvorschlag abgegeben werden.

(4) Der Wähler kann einem Bewerber bis zu zwei Stimmen geben. Die Ankreuzung eines Namens gilt als Abgabe einer Stimme.

(5) Der Wahlleiter trifft Vorkehrungen, die es ermöglichen, daß der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen und in den Wahlumschlag legen kann. Für die Aufnahme der Umschläge sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe hat ein Wahlbeauftragter oder ein Mitglied des Wahlausschusses festzustellen, daß die Wahlurnen leer sind. Sie sind danach zu verschließen. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß Umschläge nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können.

(6) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei mit der Durchführung der Wahl beauftragte Personen (§ 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3) im Wahlraum anwesend sein.

(7) Vor Einwurf des Wahlumschlages in die Urne ist festzustellen, ob der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Der Wähler hat sich durch seinen Personalausweis, Reisepaß oder Studentenausweis zu legitimieren, es sei denn, er ist dem Wahlleiter oder dem für die betreffende Teilwahl zuständigen Wahlbeauftragten persönlich bekannt. Die Art des Ausweises über die Person des Wählers ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.

§ 14 - Stimmabgabe durch Brief

(1) Stellt ein Wahlberechtigter einen Antrag auf Übersendung oder Aushändigung von Unterlagen für die Stimmabgabe durch Brief, so erhält er vom Wahlleiter

1. den Stimmzettel,
2. den Wahlumschlag mit Siegelmarke,
3. den Vordruck für eine eidesstattliche Erklärung gemäß Absatz 3,
4. einen Freiumschlag mit Vermerk "Briefwahl".

Den Wahlunterlagen sollen Hinweise zum Verfahren der Briefwahl beigelegt werden. Briefwahlunterlagen können nur bis zum dritten Tag vor dem ersten Tag der Stimmabgabe beantragt und ausgegeben werden.

(2) Der Wahlleiter hat die Aushändigung oder Übersendung der Unterlagen für die Stimmabgabe durch Brief im Wählerverzeichnis zu vermerken.

(3) Der Wähler gibt seine Stimme in der Weise ab, daß er den versiegelten Wahlumschlag, in den der Stimmzettel gelegt ist, zusammen mit der eidesstattlichen Erklärung, daß er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat, unter Verwendung des Freiumschlages an den Wahlleiter absendet oder übergibt.

(4) Stimmabgaben durch Brief sind nur gültig, wenn der Wählerbrief spätestens zwei Stunden vor Abschluß der Stimmabgabe beim Wahlleiter eingegangen ist.

§ 15 - Ungültige Stimmzettel

Ungültig sind Stimmzettel,

1. die den Erfordernissen dieser Ordnung nicht entsprechen,
2. aus denen sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
3. die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten; § 9 Abs. 2 bleibt unberührt,
4. bei denen der Name des Gewählten auf dem Stimmzettel nicht lesbar oder die Person des Gewählten aus dem Stimmzettel nicht zweifelsfrei erkennbar ist.

§ 16 - Auszählung

(1) Unverzüglich nach Abschluß der Stimmabgabe zählen die Wahlbeauftragten und die Wahlhelfer die auf die einzelnen Wahlvorschläge und auf die einzelnen Wahlbewerber entfallenden Stimmen für jede Teilwahl aus.

(2) Vor Öffnung der Wahlurne werden die im Wege der Wahl durch Briefwahl eingegangenen Wahlumschläge in die Wahlurne gelegt. Zuvor ist festzustellen, ob der Briefwähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist.

(3) Nach Öffnung der Wahlurne ist die Zahl der abgegebenen Wahlumschläge mit der Zahl der nach dem Wählerverzeichnis abgegebenen Stimmen zu vergleichen und die Gültigkeit der Stimmzettel zu prüfen. Bestehen Zweifel an der Gültigkeit von Stimmzetteln, entscheidet über die Gültigkeit der für diese Teilwahl zuständige Wahlbeauftragte. Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

(4) Bei der Ermittlung der Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Stimmen zählt die Stimmabgabe innerhalb eines Wahlvorschlags als eine Stimme. Für die Ermittlung der Reihenfolge der Kandidaten innerhalb eines Wahlvorschlags ist die von den einzelnen Bewerbern erreichte Stimmenzahl maßgeblich. Der Wahlleiter überwacht die Auszählung der Stimmen

(5) Die Wahlvorschläge und innerhalb der Wahlvorschläge die Bewerber sind in der Reihenfolge abnehmender Stimmenzahlen niederzuschreiben. Sind für Bewerber innerhalb eines Wahlvorschlags gleich viele Stimmen abgegeben worden, so entscheidet das Los über die Reihenfolge.

(6) Wird die Auszählung der Stimmen nicht unmittelbar nach Abschluß der Stimmabgabe vorgenommen, so sind für die Zwischenzeit die Wahlurnen so zu verschließen und so aufzubewahren, daß der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. Vor Entnahme der Stimmzettel ist festzuhalten, daß der Verschluß unversehrt ist.

(7) Über das gemäß Absatz 1 bis 5 ermittelte Ergebnis jeder Teilwahl wird ein Protokoll gefertigt, das vom zuständigen Wahlbeauftragten und denjenigen Wahlhelfern zu unterzeichnen ist, der an der Ermittlung dieses Teilwahlergebnisses mitgewirkt haben.

Das Protokoll muß enthalten:

1. die Anzahl der Wahlberechtigten laut Wählerverzeichnis,
2. die Anzahl der abgegebenen Wahlumschläge,
3. die Anzahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel sowie die Anzahl der Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war,
4. die Anzahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen,
5. ggf. die Ergebnisse der Losentscheide.

§ 17 - Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlausschuß prüft die Protokolle über die Auszählung auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er überprüft die Entscheidungen über Stimmzettel, deren Gültigkeit zweifelhaft war und berichtigt ggf. das Ergebnis der Auszählung

(2) Der Wahlausschuß ermittelt in einer universitätsöffentlichen Sitzung die Verteilung der Sitze und stellt das Wahlergebnis wie folgt fest:

1. Sind für mehrere Wahlvorschläge Stimmen abgegeben worden, werden die Sitze nach dem Höchstzahlenverfahren d'Hondt verteilt. Sind Höchstzahlen gleich, so entscheidet, soweit erforderlich, über die Reihenfolge ihrer Zuteilung das Los.

2. Die den Wahlvorschlägen zugefallenen Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge der Stimmenzahlen innerhalb des Wahlvorschlags zugeteilt.

3. Aus einem Wahlvorschlag sind so viele Nachrücker zu ermitteln, wie Sitze auf diesen Wahlvorschlag entfallen sind. Die Reihenfolge der Nachrücker ergibt sich aus der nach Nr. 2 ermittelten Reihenfolge der Mitglieder.

(3) Sind nur für einen Wahlvorschlag Stimmen abgegeben worden, werden die Sitze den Bewerbern in der Reihenfolge abnehmender Stimmenzahlen zugeteilt. In der gleichen Weise werden die Nachrücker ermittelt.

(4) Die Feststellung des Wahlergebnisses endet mit der Feststellung der gewählten Mitglieder und Nachrücker.

(5) Über das Ergebnis der Wahlen wird eine Niederschrift gefertigt, die für alle Teilwahlen die Angaben gemäß § 16 Abs. 7 Satz 2 sowie die Namen der gewählten Mitglieder und Nachrücker enthält. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Wahlausschusses, von den Wahlbeauftragten und vom Wahlleiter zu unterzeichnen.

§ 18 - Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Benachrichtigung der Gewählten

(1) Spätestens zwei Tage nach der Fertigstellung der Wahl Niederschrift gibt der Wahlleiter das Wahlergebnis durch Aushang an den Wahlbrettern bekannt.

(2) Gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses übersendet der Wahlleiter allen Gewählten ein Exemplar der Wahl Niederschrift.

(3) Die Wahl gilt als angenommen, wenn der Gewählte nicht innerhalb einer Woche dem Rektor der Universität unter Angabe triftiger Gründe schriftlich erklärt, daß er die Wahl ablehne.

Eine Ablehnung kann nicht widerrufen werden.

(4) Lehnt ein Gewählter die Wahl ab, entscheidet der Rektor der Universität darüber, ob ein triftiger Grund vorliegt. Ist dies der Fall, so ergänzt der Wahlleiter die betreffende Liste der Mitglieder und Nachrücker und führt ggf. erforderlichen Losentscheid herbei. Der Wahlleiter benachrichtigt hierauf den in der Liste Nächstfolgenden. Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 19

Unverzüglich nach Ablauf der Fristen gemäß § 18 Abs. 3 und 4 gibt der Wahlleiter die Namen der Mitglieder und Nachrücker - gegliedert nach Teilwahlen - bekannt.

§ 20 - Aufbewahren der Wahlunterlagen

Die Wahlunterlagen (insbesondere Protokolle, Bekanntmachungen, Stimmzettel) sind vom Wahlleiter bis zum Ablauf der Wahlperiode aufzubewahren. Darüber hinaus sind die Wahlunterlagen im Falle der Wahlanfechtung bis zum Abschluß des Wahlprüfungsverfahrens aufzubewahren.

§ 21 - Anfechtung der Wahlen

(1) Jeder Wahlberechtigte einer Teilwahl kann innerhalb einer Frist von einer Woche ab dem Tage der Bekanntgabe des Wahlergebnisses seine Teilwahl durch Einspruch anfechten. Der Einspruch ist schriftlich beim Rektor der Universität einzulegen. Er ist zu begründen.

(2) Der Einspruch kann nicht mit der Begründung eingelegt werden, daß ein Wahlberechtigter an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil er keine Wahlbenachrichtigung erhalten oder nicht der richtigen Wählergruppe zugeordnet oder gar nicht in ein Wählerverzeichnis eingetragen wurde. Dasselbe gilt, wenn ein Nichtwahlberechtigter in ein Wählerverzeichnis eingetragen wurde und an der Wahl teilgenommen hat oder ein Wählerverzeichnis aus sonstigen Gründen in Einzelheiten unrichtig war. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit jemand auf Grund einer unrichtigen Entscheidung des Wahlleiters über einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert war oder an der Wahl teilnehmen konnte.

(3) Der Einspruch ist begründet, wenn Vorschriften über die Ermittlung der Sitze oder wesentliche Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, daß durch den Verstoß das Wahlergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte.

§ 22 - Wahlprüfungsverfahren

(1) Über Einsprüche gemäß § 21 Abs. 1 entscheidet der Rektor der Universität nach Anhörung des zuständigen Wahlbeauftragten, des Wahlausschusses und des Wahlleiters.

(2) Ist der Einspruch frist- und formgerecht eingelegt worden und erweist er sich als begründet, so erklärt der Rektor der Universität die betreffende Teilwahl für ungültig. Er stellt fest, daß die Teilwahl wiederholt werden muß.

(3) Der Rektor der Universität teilt seine Entscheidung den Wahlberechtigten, die den Einspruch eingelegt haben, schriftlich durch einen begründeten und im Fall der Zurückweisung mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid mit.

(4) Gegen die Zurückweisung des Einspruchs steht der Verwaltungsrechtsweg offen.

(5) Bis zur Rechtskraft einer Entscheidung üben die gewählten Mitglieder ihre Ämter aus.

§ 23 - Nachwahlen

(1) Kann bei Freiwerden eines Sitzes dieser Sitz nicht durch einen Nachrücker besetzt werden, so findet eine Nachwahl statt, es sei denn, die Restamtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds beträgt weniger als ein Viertel der regelmäßigen Amtszeit.

(2) Die Nachwahl wird nach den Vorschriften dieser Ordnung durchgeführt.

(3) Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.

§ 24 - Amtszeiten

Die Amtszeit der Mitglieder der in § 1 genannten Kollegialorgane dauern, mit Ausnahme der Studenten, zwei Jahre.

Für Studenten dauert sie ein Jahr.

Die Amtszeit der ersten nach dieser Ordnung gewählten Mitglieder beginnt am Tage der Konstituierung der Kollegialorgane.

§ 25 - Ruhen und Erlöschen der Mitgliedschaft, Nachrücker

(1) Die Mitgliedschaft in einem der in § 1 genannten Kollegialorgane endet

1. durch Ablauf der Amtszeit,

2. wenn die Wahl für ungültig erklärt wird,

3. wenn die Wählbarkeit des Mitglieds für sein bisheriges Mandat entfällt,

4. wenn ein Mitglied durch schriftliche, mit triftigen Gründen versehenen Erklärung gegenüber dem Rektor der Universität auf seinen Sitz verzichtet.

(2) Ist ein Mitglied eines der in § 1 genannten Kollegialorgane beurlaubt, so ruhen seine mitgliedschaftlichen Rechte in dem Kollegialorgan für die Dauer seiner Beurlaubung. Dieses gilt auch für den Nachrücker. Satz 1 und 2 gelten nicht für den Erholungsurlaub.

(3) Professoren, die während eines Semesters von ihren Verpflichtungen in Lehre und Selbstverwaltung zum Zwecke der Forschung freigestellt sind (Forschungsfreisemester), können bis spätestens einen Tag vor Beginn dieses Semesters gegenüber dem Rektor der Universität erklären, daß sie für dessen Dauer ihre Mitgliedschaftsrechte nicht wahrnehmen werden. Diese Erklärung ist nicht widerruflich.

(4) Bis zum Ende der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds bzw. für die Dauer der Beurlaubung oder des Forschungsfreisemesters rückt der ranghöchste Nachrücker aus dem Wahlvorschlag, dem das zu ersetzende Mitglied angehörte, nach. Ist das ausgeschiedene oder verhinderte Mitglied nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt, so rückt der ranghöchste Nachrücker nach.

(5) Ist die Liste der gemäß § 17 Abs. 2 ermittelten Nachrücker erschöpft, werden Nachrücker der Reihe nach demjenigen Wahlvorschlag entnommen, welchem das zu ersetzende Mitglied angehört. Ist ein Wahlvorschlag erschöpft, so ist der Nachrücker demjenigen Wahlvorschlag zu entnehmen, auf den nach den Grundsätzen der Verhältniswahl der nächste Sitz entfallen würde. Ist das ausgeschiedene oder verhinderte Mitglied nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt und ist die in der Gruppenwahl ermittelte Liste der Nachrücker erschöpft, so werden Nachrücker nach der Höhe der erreichten Stimmzahlen bestimmt.

Der Rektor der Universität stellt fest, wer in die Mitgliedstellung nachrückt. Er gibt diese Feststellung durch Aushang an den Wahlbretern bekannt und benachrichtigt den Betroffenen schriftlich.

(6) Für die Nachrücker gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend.

§ 26 - Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Cottbus, den 26.01.1994

Der Gründungsrektor

Sitzungstermine des Gründungssenats der Technischen Universität Cottbus

- 24.03.1994, 10.00 Uhr
- 30.04.1994, 09.00 Uhr
- 02.06.1994, 09.00 Uhr
- 30.06.1994, 09.00 Uhr
- 15.09.1994 09.00 Uhr
- 20.10.1994, 09.00 Uhr
- 25.11.1994, 09.00 Uhr
- 9./10.12.1994, 09.00 Uhr

Zeittafel für das Sommersemester 1994 - 01. April 1994 bis 30. September 1994*

Vorlesungsbeginn	11.04.1994
Vorlesungsende	16.07.1994
Vorlesungsfreie Tage	
*Karfreitag	01.04.1994
*Ostermontag	04.04.1994
*Christi Himmelfahrt	12.05.1994
*Pfingstmontag	23.05.1994
Bewerbungen	
* für Gasthörer	vom 01.04.1994 bis 15.04.1994 bis 15.07.1994
* für das Wintersemester 1994/95	
für N.c.Studiengänge	bis 07.10.1994
* für Nn.c.-freie Studiengänge	
Vorsemester Mathematik	vom 05.09.1994 bis 23.09.1994
Sprachintensivkurs für:	
*Anfänger und	vom 12.09.1994
*Fortgeschrittene	bis 30.09.1994
Immatrikulation	
* Ersteinschreibung für das	ab 19.09.1994
Wintersemester 1994/95	bis 07.10.1994
* Nachfrist	bis 28.10.1994
Rückmeldungen	
* Nachfrist zum Sommersemester 1994	bis 08.04.1994
in begründeten Fällen (Gebührenpflichtig)	vom 20.06.1994
* zum Wintersemester 1994/95	bis 15.07.1994
Einordnung von Exkursionen	vom 24.05.1994
durch die Fakultäten	bis 28.05.1994
Vorlesungsbeginn	
Wintersemester 1994/95	10.10.1994
Vorlesungsende	
Wintersemester 1994/95	11.02.1995

Änderungen

entsprechend Festlegungen des Landes Brandenburg vorbehalten!